**Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag
A/0084/2023**

Antrag/Begründung:

Der Antrag der Ortschaftsrates Westdorf zur Erstellung eines Konzeptes für die Ertüchtigung des (Rad-)Wanderweges „Hinter der Eine“ wird abgelehnt.

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Der Stadtrat bittet die Verwaltung der Stadt Aschersleben um Prüfung und Einleitung möglicher Schritte zur besseren und dauerhaften Nutzung des (Rad-)Wanderweges „Hinter der Eine“ zur Steigerung der örtlichen Naherholungsqualität.

Zur Situation vor Ort:

Die Länge des Weges beträgt etwa 1.345 m, davon befinden sich im Eigentum der Stadt etwa 1.110 m. In fremdem Eigentum befinden sich fünf Flurstücke (Flur 3 FS 146/2, 150/2, 152/8, 367/154, 368/154). Die Breite des Weges variiert zwischen 1,0 m und 5,0 m, tlw. auch bedingt durch die unmittelbare Ufernähe. Auch der Zustand des Weges ist in den einzelnen Abschnitten sehr unterschiedlich.

Um an diesem Weg überhaupt Verbesserungen zu erzielen, sind aus Sicht der Stadt folgende Schritte notwendig:

1. Gespräche mit betroffenen Eigentümern führen zur Klärung der öffentlichen Nutzung und Art der Befestigung
2. regelmäßiges Freischneiden des Weges im ersten Abschnitt
3. Im Bereich des Flurstücks 18 der Flur 4 ist der Weg wieder auf das Flurstück der Stadt zurückzuführen oder ein Wegerecht mit dem Eigentümer des Flurstücks 90/19 zu vereinbaren.
4. Absplitten der städtischen Flächen für eine bessere Begehbarkeit bei Feuchtwetterlage

Für dieses Vorgehen benötigt man kein Konzept im eigentlichen Sinn. Es handelt sich zum einen um rechtliche Klärungen und zum anderen um Unterhaltungsmaßnahmen. Denn ein grundhafter und damit regelkonformer Ausbau des Weges ist aufgrund der Topografie nicht möglich. Damit scheidet auch die Inanspruchnahme von Fördermitteln aus. Insbesondere aufgrund der Nähe zum Ufer und zu Hanglagen sind Verbreiterungen einzelner Wegeabschnitte nicht umsetzbar. Ein Uferverlauf darf nicht verändert werden und bei Eingriffen in die Hanglagen sind kostenintensive Böschungssicherungen erforderlich.

Die finanziellen Auswirkungen der dargelegten Maßnahmen sind derzeit nicht abschätzbar, weil zuerst die rechtliche Klärung erfolgen muss. Generell stehen allerdings im städtischen Haushalt für Unterhaltungsmaßnahmen an Geh- und Radwegen nur begrenzte Mittel zur Verfügung. Finanzielle Spielräume sind auf absehbare Zeit nicht gegeben. Die Verwaltung wird daher nach wie vor bei allen Unterhaltungsmaßnahmen Prioritäten setzen müssen.

Deckungsvorschlag:

Federführender Ausschuss:

Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsausschuss

zu beteiligende Ausschüsse:

gez. Amme

Unterschrift